



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

127. Sitzung (öffentlich)

17. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:33 Uhr bis 12:28 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
---	----------

Der Ausschuss kommt überein, sich unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ mit dem Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes zu beschäftigen.

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW	8
--	----------

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)	24
---	-----------

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Erläuterungsband Einzelplan 08

Vorlage 17/5518

Einführungsbericht Einzelplan 20
Vorlage 17/5580

– Einführung in den Einzelplan 08 (ohne gleichstellungsrelevante Kapitel)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14908

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände sowie bis zum 30. September 2021 eine weitere sachverständige Person pro Fraktion zu benennen.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte in Nordrhein-Westfalen 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14910

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände sowie bis zum 30. September 2021 eine weitere sachverständige Person pro Fraktion zu benennen.

5 Risikopotentiale für Extremwetterereignisse identifizieren – Vorbeugende Maßnahmen für zukünftige Flutkatastrophen zügig umsetzen 29

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14950

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände sowie bis zum 30. September 2021 eine weitere sachverständige Person pro Fraktion zu benennen.

6 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14962

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, keine gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss durchzuführen.

7 Entwurf einer Verordnung für das Weiterbildungsgesetz (Weiterbildungsverordnung – VO Wbg) 31

Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/15174

Vorlage 17/5676

– Wortbeiträge

8 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf nordrhein-westfälische Kommunen 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5698

in Verbindung mit:

Bund-Länder-Vereinbarung über die Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Warninfrastruktur in den Ländern – Sonderförderprogramm Sirenen

Unterrichtung
des Präsidenten
Drucksache 17/15187

Vorlage 17/5673

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Vereinbarung zur Kenntnis.

9 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen **37**

- mündlicher Bericht der Landesregierung

10 Besetzungsverfahren Stadtentwicklungsdezernent Köln *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5699

- Wortbeiträge

11 Sachstand zum Entwurf eines nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])* **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5693

- Wortbeiträge

12 Geplante Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **46**

- mündlicher Bericht der Landesregierung

13 Ausschluss von Ratsmitgliedern aufgrund 3G-Regelung *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **47**

in Verbindung mit:

Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Minden vom 08.09.2021 zur sog. 3-G-Regel für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])*

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

14 Verschiedenes

50

a) Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

b) Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz TIntG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14243

Der Ausschuss kommt überein, darüber in gemeinsamer Sitzung mit dem federführenden Ausschuss zu beschließen, sofern die Votenabgabe mit Blick auf den Sitzungsrhythmus nicht möglich ist.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Hans-Willi Körfges schlägt vor, die Sitzung nach der Aktuellen Viertelstunde für etwa zehn Minuten zu unterbrechen, damit die Abgeordneten den Medien zur Verfügung stehen könnten und um Unruhe während der Sitzung zu vermeiden.

Henning Höne (FDP) bezeichnet dieses Vorgehen als unüblich.

Arndt Klocke (GRÜNE) hält ein solches Vorgehen ebenfalls für unnötig.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges betont, es handele sich lediglich um einen Vorschlag, der Einvernehmen voraussetzen würde.

Der Ausschuss kommt überein, sich unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ mit dem Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes zu beschäftigen.

14 Verschiedenes

a) Gesetz zur Änderung des Schiedsamtgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

(Der Gesetzentwurf wurde am 08.09.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Rechtsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Hauptausschuss überwiesen.)

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, der Rechtsausschuss werde seine Beratungen bereits beim ersten Aufruf in seiner Sitzung am 29. September 2021 beenden.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

b) Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz TIntG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14243

(Der Gesetzentwurf wurde am 02.07.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Integrationsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.)

Der Ausschuss kommt überein, darüber in gemeinsamer Sitzung mit dem federführenden Ausschuss zu beschließen, sofern die Votenabgabe mit Blick auf den Sitzungsrhythmus nicht möglich ist.

gez. Hans-Willi Körfges
Vorsitzender

5 Anlagen

08.11.2021/24.11.2021

10

